

GELDTRANSPORTER

Magnum gegen Kalaschnikov



Die Geldtransporte sind oft wenig gesichert. Ebenso gut könnten die GeldbotInnen die Scheine offen über die Straße tragen.

Drei große Sicherheits-Firmen in Luxemburg haben rund 250 GeldbotInnen angestellt. Die Fluktuation in der Branche ist groß: keine geregelte Ausbildung, niedriger Lohn, schlechte Ausstattung und vor allem die Gefahr. Jetzt machen Angestellte und Gewerkschaften mobil.

"Du bringst den Wagen mit dem Geld in Sicherheit, was mit deinem Beifahrer passiert, ist scheißegal." Solche Sätze bekam Sandra P. (1) bei Securitas zu hören. Einige Monate hat Sandra hier als Geldbotin gearbeitet, dann hörte sie auf. Der Job war ihr zu gefährlich. "Ich war als Sicherheitsbeamtin eingestellt worden und arbeitete als Empfangsdame in einer Bank, dann hieß es von einem Tag auf den anderen: Morgen fährst du mit dem Geldtransporter." Sie wollte den Job behalten und war fortan Beifahrerin im Geldtransporter. Dieses Einstellungsverfahren sei die absolute Ausnahme, sagt Securitas-Chef Jean-Claude Juchen, gegenüber der WOXX, die Sicherheit der Mitarbeiter habe Vorrang vor allem anderen.

Jeden Tag fuhr Sandra P. zur selben Zeit dieselbe Strecke. "Dass es da einfach ist, einen Überfall zu planen, liegt ja wohl auf der Hand", kommentiert sie. Die Abladestellen bei den Banken sind nicht immer gesichert, oft sind es öffentliche Plätze. Außerdem sei es normal, dass die Geldtransporteure mit ihren Koffern 400 bis 500 Meter vom

die Geldboten ausgestattet sind, lässt einiges zu Wünschen übrig: Dass die Wagen oft nicht sicher sind, hat spätestens der Überfall in Lamadeleine gezeigt, bei dem der Fahrer im Wagen verletzt wurde. "Die Verbrecher kommen mit Kriegsmaterial, das sogar Panzer zerstören kann, dagegen hat die beste Ausstattung keine Chance", sagt Juchen dazu.

Die Sicherheitsbeamten in der Geldtransport-Branche bekommen in der Regel schuss sichere Westen. Wenn sie Pech haben, ist gerade ihre Größe nicht vorhanden, wie im Fall des Beamten der Firma Brinks und Ziegler, der beim Findel-Überfall durch einen Bauchschuss verletzt wurde. Die Geldboten sind bewaffnet. "Ob sie schießen können oder nicht, spielt keine Rolle," sagt Sandra P. und weiter: "Ich kannte Kollegen, die haben die Kugeln getrennt von der Waffe in der Tasche aufbewahrt, weil sie Angst davor hatten." Juchen erklärt, dass drei mal pro Jahr eine gesetzlich vorgeschriebene Schießprüfung durchgeführt werde und Securitas eng mit einem Schießclub zusammenarbeitet. Auch um hier Professionalität zu gewährleisten, setzt die Firma künftig nur noch auf Mitarbeiter mit militärischer Ausbildung. Der Securitas-Chef sagt weiter: "Die Mitarbeiter haben leider oft mit ihren Magnums gegen die Kalaschnikows der Verbrecher keine Chance."

Drogen gegen die Angst?

Die Beamten sind aber nicht nur schlecht ausgestattet. Es gibt nicht einmal eine geregelte Ausbildung. Dadurch erklärt sich auch das extrem niedrige Gehalt. In Belgien verdient ein Geldbote brutto im Schnitt 429 LUF, in Luxemburg 358 LUF pro Stunde. "Auch das niedrige Gehalt trägt dazu bei, dass es in dieser Branche einen regen Wechsel der MitarbeiterInnen gibt," sagt Daniel Georges, Gewerkschaftssekretär des LCGB.

"Wir haben hier alle zwei Wochen ein neues Gesicht dabei," berichtet ein Sicherheitsbeamter. Bei Securitas sei die Fluktuation sehr gering, sagt Juchen, die Firma habe Interesse, die Mitarbeiter so lange wie möglich zu behalten. "Viele MitarbeiterInnen im Transportgewerbe halten die ständige Belastung und Angst nicht aus und greifen zu Beruhigungsmitteln und Alkohol," berichtet ein Insider. "Das mit dem Alkohol ist absoluter Unsinn, da ständig Kontrollen durchgeführt werden," sagt wiederum Juchen.

Wegen dieser Unzulänglichkeiten greifen jetzt die Gewerkschaften ein, wobei LCGB und OGB-L ausnahmsweise am gleichen Strang ziehen. Ein erstes Treffen mit den GeldbotInnen fand diesen Montag statt. "Diese berichteten von der großen Angst, die in den Betrieben herrscht," sagt Daniel Georges. Die Gewerkschaften fordern nun eine Ausbildung sowohl für die Firmeninhaber als auch für die Geldboten. Zur Zeit sind die Ausbildungen firmenintern organisiert. "Demzufolge mehr oder minder gut", so Goerges. Nationale einheitliche Normen gibt es keine. Die Gewerkschaften fordern neben einem "dritten Mann" als Beobachter ein generelles Nachtfahrverbot, denn gerade diese sind gefährlich. Besonders für die Euro-Umstellung 2002 wird eine Zunahme von Nachtfahrten befürchtet. Außerdem sollen künftig Wege und Zeiten variiert werden etc.

Securitas-Chef Juchen stimmt diesen Forderungen grundsätzlich zu. Bei Securitas seien viele dieser Vorschriften wie zum Beispiel das Nachtfahrverbot umgesetzt. Ein dritter Mann, so Juchen, sei aber keine Garantie für mehr Sicherheit.

"In Luxemburg ist es im Vergleich zu den Nachbarländern am Einfachsten, einen Geldtransport-Überfall durchzuführen. Das spricht sich herum," sagt Georges. "Es müssen dringend Gesetze her, denn freiwillig passiert in diesem Bereich nichts," so der Gewerkschafter. Das gesamte Berufsbild müsse stabilisiert werden. Das will auch Jean-Claude Juchen, der im Bereich der Sicherheit auch den Staat gefordert sieht. Dieser sollte durch den Einsatz von Helikoptern und Polizei Überfälle mit Kriegswaffen verhindern. Er sieht keinen Sinn darin, dass zur Zeit die Gewerkschaften gegen Banken und Sicherheitsinstitute kämpfen, wo doch die Interessen so ähnlich seien. Die Gewerkschaften sehen durchaus einen Konflikt zwischen Angestellten auf der einen Seite und Banken und Sicherheitsfirmen auf der anderen Seite. David gegen Goliath, Magnum gegen Kalaschnikov.

Melanie Weyand

Trauer um Postamt

Die Post hat zum ersten November kurzerhand das Postamt in Kautenbach geschlossen. Am 23. Oktober wurden die Anwohner informiert. Um weiterhin "qualitativ gute Dienstleistung" in der Nähe anzubieten, biete die Post das Konzept "Postmobil" an. Das bedeutet, dass die Kunden künftig eine Postkarte verschicken müssen, damit am nächsten Tag der Postbote vorbeikommt, um die jeweilige Dienstleistung zu erbringen.

Gemeindeverantwortliche und Briefträgergewerkschaft sind von der Schließung des Postamtes und von der Kompensationsmaßnahme bestürzt. Der Gemeinderat von Kautenbach rief Allerheiligen zur feierlichen Kranzniederlegung vor dem Postamt auf. Mit Erfolg: Um 11 Uhr versammelten sich Gemeindeverantwortliche von Kautenbach und den umliegenden Gemeinden, Briefträgergewerkschaft und BürgerInnen um den Tod des Postamtes zu betrauern. Die vorgeschlagene Kompensationsmaßnahme der Post ist für sie nicht akzeptabel. Außerdem steht in Frage, ob die Post mit ihrer Maßnahme so viel Geld einspart. Das Postamt in Kautenbach war übrigens täglich nur 1,5 Stunden besetzt. Im Gemeinderat kursiert die Vermutung, dass die jetzt eingeleitete Maßnahme extra so umständlich ist, damit die Bürger irgendwann so genervt von den Zetteln sind, dass sie von sich aus ins nächste Postbüro fahren.

Schule und Integration

In einem öffentlichen Brief äußert sich Serge Kollwelter, Präsident der ASTI (Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés), zum Thema "Integration von AusländerInnen in der Schule". "Es wäre falsch und ungerecht den Eindruck zu vermitteln, als ob die Schule vollständig untätig geblieben wäre: an manchen Stellen hat sie sich durch innovatives Handeln den offensichtlichen Fragen gestellt. Auch die Politik hat den Handlungsbedarf erkannt. 1992 hatte Minister Fischbach 40 Maßnahmen zur Einschulung der Ausländerkinder ergriffen." Erreicht wurde jedoch nicht viel. Vor allem der Sprachunterricht bleibt ein Problem. "Tausende Jugendliche sind ins nahe Ausland geflüchtet, für andere sind Europaschule, Vaubanlyzeum, usw. Orte des schulischen Erfolgs im sozial gehobenen Ghetto geworden." Die anstehende Parlamentsdebatte lässt hoffen, dass die Situation die noch immer, bis auf Nuancen, einer kritischen Studie aus dem Jahr 1975 entspricht, endlich verbessert wird. Kollwelter hierzu: "Werden wir ein x-tes Lamento hören, werden die altbekannten Fragen aufgewärmt oder werden wir klare und warum nicht umstrittene Lösungsvorschläge auf den Tisch bekommen? Alles was hinter einem Maßnahmenkatalog mit Anwendungskalender wie 1992 zurückbleibt, ist ein Rückschritt."

Forum: Zwischen Volkspartei und Populismus

Im Dossier der neuen forum-Ausgabe geht es um die Luxemburger Parteienlandschaft. Im Vordergrund steht die Entwicklung der CSV und die Herausforderung durch das ADR. Lucien Blau blickt auf die letzten 100 Jahre CSV-Geschichte zurück. Fernand Fehlen und Philippe Poirier ordnen in ihrem Beitrag CSV und ADR wahlsoziologisch ein. Außerdem kommen CSJ- und ADR-Politiker in Interviews zu Wort. Hier ist zum Beispiel von Robert Mehlen zu erfahren, dass das ADR zu AusländernInnen und Flüchtlingen noch keine festgelegte Meinung hat.

Auch interessant ist ein Beitrag der forum-Redaktion zur Monarchie. Hier wird noch einmal das Rundtischgespräch vom 21. September in der Kulturfabrik, das die WOXX mitgesponsert hat, reflektiert. Politiker aller Parteien, außer CSV und ADR, saßen hier am Tisch und diskutierten über die Zukunft der Monarchie in Luxemburg.

(1) Name von der Redaktion geändert